

Qualitätsfrage steht im Vordergrund

«Ich bin sehr froh darüber, dass die Bevölkerung mit einer so deutlichen Mehrheit ein eigenständiges Spital befürwortet», erklärte Regierungsrätin Renate Müssner zum Ergebnis der Meinungsumfrage, wonach 86 Prozent ein eigenes Spital wollen.

Von Günther Fritz

Vaduz. – Mit einem klaren Nein von 58,1 Prozent hat das Stimmvolk am 30. Oktober 2011 den 83-Millionen-Kredit für einen Spitalneubau am bestehenden Standort abgelehnt. Am Mittwoch präsentierten Gesundheitsministerin Renate Müssner und Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, die Ergebnisse der im Dezember im Auftrag der Regierung durchgeführten repräsentativen Meinungsumfrage. Die Regierung wollte im Hinblick auf die Planung eines neuen Spitalprojektes genauer wissen, aus welchen Gründen dieses Volks-Nein zustande gekommen ist und was für ein Spital sich die Bevölkerung für die Zukunft vorstellt.

Kooperation und Koordination
Die Ablehnung des Kredits bedeutet kein grundsätzliches Nein zu einem eigenständigen Landesspital. Diese von vielen nach der Abstimmung angenommene These konnte nun durch die Umfrage bestätigt werden. Strittig waren bei den Ablehnenden insbesondere die Kosten und die Standortfrage, weniger deutlich das Belegarztsystem, die als mangelhaft empfundene Koordination der Angebote in der Region und das als unausgereift erachtete Konzept. Gemäss Umfrageergebnissen ist die Kostenfrage eng mit der konzeptionellen Ausrichtung des Landesspitals verknüpft. «Wenn die Überzeugung da ist, dass die Spitalplanung in Kooperation und Koordination mit dem regionale Spitalangebot verläuft und der Standort für das Landesspital akzeptiert ist, kann davon ausgegangen werden, dass in der Bevölkerung die Bereitschaft für eine Finanzierung vorhanden ist», erklärte Wilfried Marxer, der die Telefonbefragung vom Zürcher Institut «Link» durchführen liess.

Vertrauen in Chefarztsystem
Die Meinungen, ob das Landesspital im Belegarztsystem oder im Chefarztsystem geführt werden soll, gehen auseinander. 35 Prozent plädieren in der Gegenüberstellung der beiden Systeme für das bestehende Belegarztsystem, 46 Prozent für ein Chefarztsystem. 13 Prozent konnten sich nicht entscheiden und votierten von sich aus für eine Mischform. Hier ist nach den Ausführungen von Wilfried Marxer auf jeden Fall eine Verständigung unter den Experten und politischen Akteuren notwendig.

51 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Belegärzte zu stark vom Landesspital profitieren. Umgekehrt ist aber bei einer grossen Mehrheit die Meinung vorhanden, dass auch das Landesspital von den Belegärzten profitiert. Rund 80 Prozent



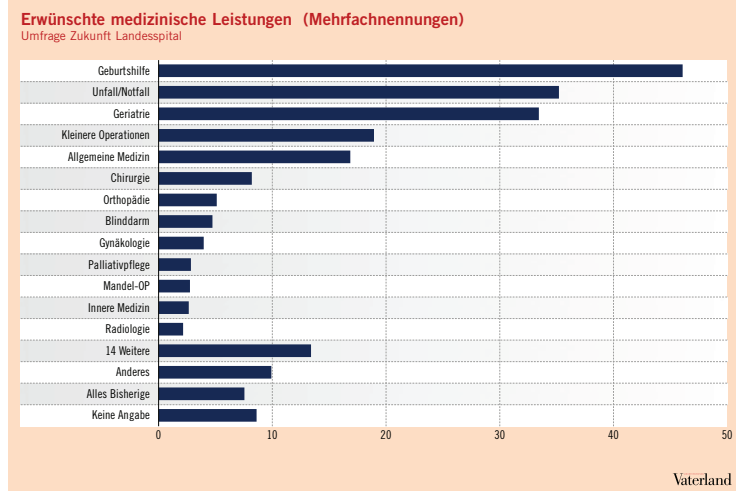
Erfreuliche Perspektiven für die Belegschaft des Landesspitals: Regierungsrätin Renate Müssner und Wilfried Marxer präsentierten am Mittwoch die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage, wonach sich die Bevölkerung unter anderem mit einer klaren Mehrheit von 85 Prozent für den Erhalt der Arbeitsplätze am Landesspital ausspricht (v. l.). Bild Daniel Ospelt

möchten den Belegärzten auch weiterhin den Zugang zum Landesspital ermöglichen. Zwar haben nicht alle ein ausgeprägtes Vertrauen in die Qualifikation der Belegärzte. Der Anteil derjenigen, die Vertrauen in die Belegärzte haben, überwiegt aber dennoch deutlich.

Qualität ist entscheidend
Weiter brachte die Umfrage klar zu Tage, dass der Kredit weniger an den geplanten Kosten gescheitert ist, sondern mehr am Gegenwert für diese

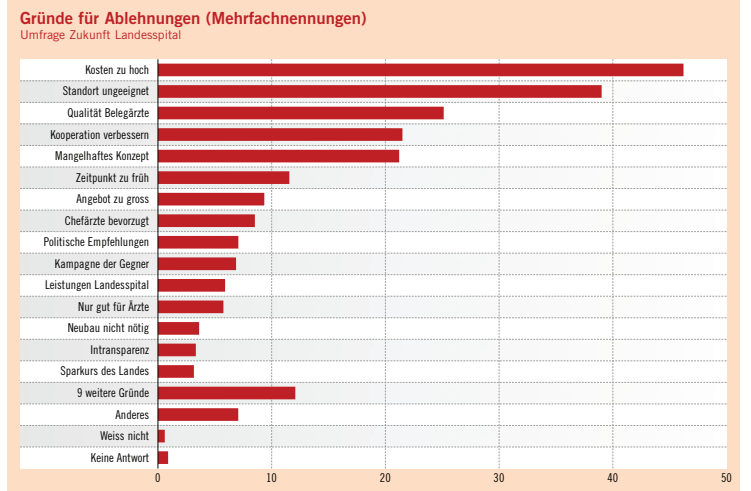
Kosten. So ist der Kredit von 83 Millionen Franken grundsätzlich mehrheitlich als vertretbar angesehen worden. Auch ein allfälliger Wechsel auf ein Chefarztsystem, das mehrheitlich unterstützt wird, folgt laut Marxer nicht dem Motiv der Kostendämpfung, sondern vielmehr der Qualitätsverbesserung. Nach den Ausführungen von Regierungsrätin Renate Müssner zeigen die Ergebnisse den klaren Trend, dass die Kostenfrage für die Bevölkerung nicht unbedingt prioritär ist. Vielmehr stehe die Qualitäts-

frage im Vordergrund. Unter der Federführung von Gesundheitsministerin Renate Müssner sollen nun der neue Stiftungsrat und die Geschäftsleitung des Landesspitals unter Einbezug der Besonderen Landtagskommission den Spitalprozess weiter vorantreiben, damit nun zügig die Grundlagen für ein neues Spitalprojekt erarbeitet werden können. «Wir wollen so schnell als möglich einen neuen Vorschlag bringen», so Regierungsrätin Renate Müssner an der Pressekonferenz vom Mittwoch.



Erwünschte medizinische Leistungen: An oberster Stelle auf der Prioritätenliste steht die Geburtshilfe (46 Prozent nennen dies), gefolgt von Leistungen bei Unfall und Notfall (35 Prozent) und Geriatric (33 Prozent). Weitere Angebote rangieren deutlich dahinter.

Grafik Ralph Vogt/Quelle Umfrage Zukunft Landesspital



Gründe für die Ablehnung des Kredits für den Spitalneubau: An erster Stelle werden die hohen Kosten als Ablehnungsgrund genannt. Dieses Argument wird von 46 Prozent der Ablehnenden angeführt. An zweiter Stelle folgt die Ablehnung des Standortes. 39 Prozent erwähnen dies als Grund.

Grafik Ralph Vogt/Quelle Umfrage Zukunft Landesspital